

DER AUTOR

Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel war von 1993 bis 1995 Chef der BM Europa, Mitglied (1995 und 1996, 1999 bis 2000) der Erziehungspräsident des Bundespräsidenten der Deutschen Industrie. Er ist Mitglied im Konvent für Deutschland. Der Verein unter Vorsitz von Al-Bundespräsident Roman Herzog versteht sich als überparteiliche und unabhängige Beratungsinstanz für die Politik. Der neuberatende Beitrag von Hans-Olaf Henkel erscheint noch 2006 in der Publika



Hans-Olaf Henkel
Foto: Kuba

tion des Konvents. „Reform der Verantwortlichkeiten Deutschlands“ und verwandt Aufsätze von sachlichen Konventmitgliedern. Die neue Publikation des Konvent für Deutschland erscheint in Kürze.

Reform der Verantwortlichkeiten Deutschlands ist kostenlos bei Konvent der Konvent für Deutschland e.V. (Lehrstuhl) Duerkheimstr. 11, 10117 Berlin

Deutschland-Konvent

Die Schöpfer der Idee, Vorschläge zur Reform der Verantwortlichkeiten Deutschlands zu konzipieren, sind Hans-Olaf Henkel und Roland Berger. Gemeinsam überzeugen sie Politiker und Wirtschaftsführer, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen. Sie gaben dem ursprünglich „political reengineering“ genannten Projekt den Namen Konvent für Deutschland. Zunächst hat der Konvent beschlossene, die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, welche am 7. November 2003 gegründet wurde, konstruktiv zu unterstützen. Er hat auch Vorschläge entwickelt, so zum Beispiel zur dringend notwendigen Reform unserer Finanzverfassung, die weit über die beschriebenen Ziele der Kommission hinausgehen.

VON HANS-OLAF HENKEL

Das Angela Merkel'sche Regierungserkenntnis von 2005 die Regierungserklärung von 1969 paraphrasierend hat, hat auch der Deutsche Markt. Natürlich knifflige Merkel'sche Freiheit wagt an Grenzen. Mehr Demokratie wagen, an. Was das nun ein stilschwerer Konstruktive Botschaft an den Koalitionspartnern oder ein Kontrapunkt ist vermutet, ein bisschen von allem.

Die Statistik (die ohnehin an offenen Kündigen ist) lässt sich hier an den vor einer Verengung vor dem großen Sozialökonomischen Bericht ist zweifellos xerosthenisch, aber wie steht es mit dem Koalitionspunkt? Ist Freiheit wagen etwas anderes als Demokratie wagen, gibt es also ein Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Freiheit?

Schon die Frage klingt politisch in korrekt. Schließlich es Demokratie die historisch Freiheitliche aller inkarnierten Staatsformen. Doch die Akzente sind unterschiedlich gewichtet. Demokratie handelt von Mitbestimmung, Freiheit ist in erster Linie Selbstbestimmung.

Während Mitbestimmung im Vergleich zur Fremdbestimmung ein bisschen Plan ab Freiheit bringt, setzt die Selbstbestimmung noch etwas drauf mit einer Freiheit, in deren Ausübung man primärziel unabhängig von anderen ist. Weil man das aber nicht immer sein kann, schließlich gibt es Dinge, die kollektiv und nur alle verträglich entscheiden werden müssen. Ist die freiheitliche Verfassung, die die erste Entscheidungen, die kollektiv und allgemein verbindlich entscheiden werden müssen, durch demokratische Mehrheitsentschlüsse trifft und alle anderen der Selbstbestimmung der Bürger und ihrer freiwilligen Zusammen-schlüsse überlässt.

Das ist ziemlich theoretisch, dafür ist es, und natürlich steht die Praxis viel differenzierter da. Von zwei Dingen bin ich aber überzeugt. Erstens: Der Bereich der selbstbestimmten individuellen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungen kann bei uns noch deutlich ausgeweitet werden, das heißt: mehr Freiheit durch weniger Staat ist möglich, und zweitens: Genau das hat Angela Merkel mit der Parade „mehr Freiheit, gemindert weniger Staat“ nicht begründet.

Mehr Demokratie wagen

Der Konvent für Deutschland, ein unabhängiges Beratergremium der Politik, gibt noch in diesem Jahr ein Sammlungs mit Beiträgen seiner prominenten Mitglieder heraus. Der folgende Beitrag ist daraus entnommen.



Fremd bestimmt und ausgeheiratet oder frei als Mitbestimmter? Protest gehört zur Demokratie. Foto: Anwo

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Ich sehe vor allem drei Bereiche, die in dieser Hinsicht der Bürger Mitbestimmung im Staat, ausgebaut werden. Sind durch einen delegierten Foltercharakter so demokratisch, wie sie es nach der Theorie sein soll.

fast die Kompetenzen von Bund und Ländern dort herüberver-schoben und verflochten sind, dass niemand mehr erkennen kann, wer für welche Entscheidung verantwortlich ist, dann ist das zugleich eine Überwindung des demokratischen Prinzips Accountability. Gerade in einer repräsentativen Demokratie müssen die Bürger ihre Repräsentanten zur Verantwortung ziehen können.

Hier kommt man höchstens ein unbestimmtes Umliegen gegen alle Politiker im allgemeinen? In Protokoll geben. Eine fakultative Ent-freicherung der Zuständigkeiten ist daher auch ein Beitrag zu mehr Demokratie. Ohne Parteien geht es gerade in einer repräsentativen und parlamentarischen Demokratie nicht. Aber müssen die Parteien gleich den konstitutiven staatlichen Willensbildungsprozess monopolisieren? Mit und dem Konvent für Deutschland geht das einhergehend zu weit. Wir wollen daher das Parteiensystem an der strategischen Stelle des Wahlrechts „Anker“ und den Wählern Entscheidungsmacht darüber geben, wer sie in den Parlamenten der Bundesorgane mitvertritt.

Dass wir eine repräsentative und keine direkte Demokratie haben, ist ungeschicklich. Der Große unserer Länder und der konstitutiven Willensbildungsprozessen unversöhnlich. Ich frage mich aber: Bei dem dasselben aus, die Mitbestimmung der Bürger auf das Wähler alle vier (oder fünf) Jahre zu beschranken? Warum soll es nur bei Wählern Fragen z.B. Verfassungsfragen (national und europäisch) nicht selbst und direkt entscheiden darüber? Zweitens: Ich das mündigen Bürger würde das sicher ansprechen. Als Mann man ist aber zu fortpflanz, dass die Bürger ihre Repräsentanten im Wege der Volksinitiative zur Beteiligung mit bestimmten Themen zwingen können.

Man kann dabei an das „Hundert zum Fragen“ denken, aber mit gefüllt die Melaphor „Stimme im Chor“ besser. Fraglos haben wir zu viel Staat, fraglos brauchen wir weniger davon. Aber was ist an Staat haben und ganz besonders das, was wir an Staat haben müssen, das muss so demokratisch sein, wie es nur irgend geht. Insofern ist „mehr Freiheit wagen“ und „mehr Demokratie wagen“ dasselbe. Das Wort „wagen“ deutet es an. Mit braucht man zu Seiden.